

Erscheint  
Montag, Mittwoch,  
Freitag und Samstag.  
Preis vierteljährlich:  
in Neueburg M. 1.20.  
Durch Post bezogen:  
im Orts- und Nachbar-  
orts-Verkehr M. 1.15;  
im sonstigen Inland:  
Verkehr M. 1.25; hiezu  
je 20 Pf. Bestellgeld.

Abonnements nehmen alle  
Postämter und Postboten  
jedenzeit entgegen.

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Anzeigenpreis:  
die 5 gespaltene Zeile  
oder deren Raum 10 Pf.;  
bei Auskunfterteilung  
durch die Exped. 12 Pf.  
Reklamen  
die 3 gesp. Zeile 25 Pf.  
Bei öfterer Insertion  
entsprech. Rabatt.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Telegramm-Adresse:  
„Enztäler, Neuenburg“.

Nr. 197.

Neuenburg, Samstag den 15. Dezember 1906.

64. Jahrgang.

## Kundschau.

Die im Reichstag am Dienstag und Mittwoch stattgefundene Interpellations-Debatte über die Fleischnot hat nichts sonderlich neues über dieses in der Tagespresse schier bereits bis zum Ueberdruß erörterte Thema gezeitigt. Was speziell die Stellung der Reichsregierung und der preussischen Regierung anbelangt, so haben beide ihre bisherige Stellung in der Fleischnotfrage im Prinzip nicht geändert, wie dies aus den Erklärungen des Staatssekretärs Grafen Posadowsky und des neuen preussischen Landwirtschaftsministers v. Arnim-Kriewen genugsam hervorging. Es ist weder an eine erweiterte Öffnung der Reichsgrenzen für die Schlachtvieheinfuhr noch an eine Ermäßigung der Fleisch- und Viehzölle zu denken, lediglich durch allerlei kleine Mittel soll versucht werden, die herrschende Fleischnot zu bekämpfen. Es soll frisches Schweinefleisch aus Dänemark, Schweden und Norwegen hereingelassen und der bestehende Fleischsteuerung durch Ermäßigung der Eisenbahntarife gesteuert werden. Der neue preussische Landwirtschaftsminister v. Arnim begründete die Haltung der Regierung in einzelnen und führte die Schuld an der Fleischsteuerung auf das trockene Jahr 1904 und die Schlachthofgebühren der Städte zurück, erklärte aber die meisten Klagen über die Fleischnot als agitatorische Uebertreibung. — Am Mittwoch wurde die Besprechung der Interpellation fortgesetzt. Abg. Graf Schwerin (kons.) wies vor allem auf die verteuerte Wirkung des Zwischenhandels, sowie der Schlachthöfe und Fleischbeschau hin. Von einer Begünstigung des Großgrundbesitzes durch hohe Schweinepreise könne schon deshalb nicht die Rede sein, weil 93% aller Schweinezüchter Kleinbauern, Kätner und Arbeiter sind und nur 7% auf den Großgrundbesitz entfallen. Zum Schluß kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Gamp (Rp.) und Gothein (fr. Vg.) über Grenzschutz und Freihandel, worauf Staatssekretär Graf Posadowsky feststellte, daß die wirtschaftliche Prosperität des deutschen Volkes niemals größer war als heute.

Berlin, 14. Dez. Unter so ungeschönen Verhältnissen ist ein deutscher Reichstag noch niemals aufgelöst worden wie diesmal. Der Kolonialdirektor Dernburg deckte die Untriebe der katholischen Missionare gegen unsere Kolonialbeamten auf, und er wies die Versuche der Zentrumsführer zurück in Kolonialfragen die ausschlaggebende Nebenregierung zu sein. Die Folge war, daß das Zentrum gestern im Reichstage gegen die Forderungen der Regierung für Südwestafrika stimmte. Es fand sich keine Mehrheit für die Vorlage, sie wurde mit 178 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Als bald verkündigte der Reichskanzler die Auflösung dieses Reichstags, der die Mittel verweigerte, die notwendig sind, um den Aufstand in Südwestafrika völlig niederzuwerfen und dort geordnete Zustände herbeizuführen. Die Ursache der Reichstagsauflösung ist eine beschämende. Aus parteipolitischen Gründen hat das Zentrum dem Reiche das Notwendige verweigert. Die großen nationalen Gesichtspunkte traten bei ihm hinter kleinlichen Parteinteressen zurück. Denn das ist sicher, daß die Regierungsforderung aus den Reihen des Zentrums so unterstützt worden wäre, daß sie Annahme gefunden hätte, wenn eben die Regierung, die Uebergänge der Zentrumsführer nicht zurückgewiesen hätte. Nun stehen wir vor den Neuwahlen. Dieselben haben innerhalb 60 Tagen stattzufinden. Daß dieselben eine Verminderung der Oppositionsparteien bringen werden, ist zweifelhaft. Man wird wieder die angeblichen Greuelthaten in den Kolonien anführen, trotzdem dieselben als zum Teil erfunden, zum Teil als aufgebauscht klargelegt worden sind. Man wird der Regierung die Fleischsteuerung zum Vorwurf machen, und man wird noch mehr Dinge behaupten, welche die große urteilslose Menge fanatisieren und gegen die Regierung einnehmen werden.

Die Moral ist bei den Wahlmühen ja meist ausgefallen. Dem Auslande hat sich Deutschland wieder einmal in all seiner Zerfahrenheit gezeigt, unter Ansehen wird geschwächt, und wenn in den großen politischen Angelegenheiten, in die Deutschland verwickelt ist, das Gewicht Deutschlands sinkt, so ist unsere jämmerliche Parteiwirtschaft daran zum großen Teile schuld.

Berlin, 14. Dez. Nach der Meldung eines hiesigen Blattes werden die Neuwahlen zum Reichstag voraussichtlich Ende Januar stattfinden. Im Reichstag selbst wurde gestern der 6. Februar als Wahltermin genannt.

Paris, 14. Dez. Um der vom päpstlichen Stuhl eingenommenen Haltung zu begegnen, beabsichtigt die Regierung, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, die den Zweck hat, endgültig die Lage der Kirche zu regeln und ihr die Möglichkeit zu geben, den Kultus in der Weise auszuüben, daß er sich dem gemeinen Recht anpaßt. Die Kirche wird der Vorteile des Gesetzes von 1905 verlustig gehen. Das Eigentum der Kirchen wird den Gemeinden unter dem Vorbehalt überlassen werden, daß sie fortfahren, der Ausübung des Kultus zu dienen. Die Frage der Befähigung der Bischöfe, die als ausländische Beamte angesehen werden, soll den Gegenstand einer besonderen Vorlage bilden.

In Frankreich hat die abgelaufene Woche mit dem am 11. Dezember erfolgten Inkrafttreten des Trennungsgesetzes den offenen Ausbruch des „Kulturkampfes“ zwischen Staat und Kirche gezeitigt. Eine erste Folge dieses Kampfes ist die Ausweisung des stellvertretenden päpstlichen Nuntius Monsignore Montagnini aus Paris und Frankreich, was also den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der französischen Regierung und dem Vatikan bedeutet. 2000 Schriftstücke wurden in der Nuntiatursache beschlagnahmt. Der Pariser Telegraph berichtet über eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen der französischen Regierung zur Durchführung des entbrannten Kampfes, sie droht den oppositionellen Bischöfen und Geistlichen sogar mit der Entziehung der Staatsangehörigkeit. Der Heilige Stuhl will bei den Mächten gegen das Eindringen der Polizei in die Pariser Nuntiatursache Protest erheben.

In England harrt man mit Spannung des Ausgangs des parlamentarischen Kampfes um die Schulbill der Regierung; die Aussichten auf ein Kompromiß sind unsichere. Am Mittwoch genehmigte das Unterhaus mit der großen Mehrheit von 416 gegen 107 Stimmen die Resolution der Regierung, welche die vom Oberhause an der Unterrichts-vorlage vorgenommenen Änderungen sämtlich ablehnt. Die Bill muß nun an das Oberhaus zurückgehen.

## Württemberg.

Stuttgart, 15. Dez. Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker ist gestern abend nach Berlin abgereist.

Stuttgart, 14. Dez. Das „Deutsche Volksblatt“ gibt bekannt: „Die Zentrumsparthei hält für die Nachwahlen die Kandidaturen in Geislingen, Künzelsau, Neckarsulm und Oberndorf aufrecht. Im übrigen: Kampf gegen das rote Kartell!“

Lüdingen, 12. Dez. (Straßammer.) Pauline Wedermann, Dienstmädchen von Dornmettingen, die zur Zeit 3 Jahre Gefängnis verbüßt, erhielt wegen Diebstahls und Betrugs im Rückfall eine Zusatzstrafe von 4 Monaten Gefängnis. Sie hat im März im Hausgang der Wirtschaft zum Neuen hier einen Kleiderkasten geöffnet und daraus verschiedene Frauenkleider gestohlen. Von einem hiesigen Putzgeschäft erzwang sie sich unter falschem Namen mehrere Güte auf Kredit und verkaufte sie dann in

Stuttgart weiter. — Wegen Betrugs im Rückfall wurde der Dienstmacht Johannes Hörz von Plattenhardt zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 150 M. und 3 Jahren Ehrenverlust verurteilt. Im vergangenen Sommer war Hörz in Herrenalb bedienstet und spielte dort den Sohn eines vermöglichen Sohnes auf; dessen Vater werde ihm auf Verlangen jederzeit 12000 M. Vermögen geben, auch habe er von seinem Dienstherrn noch eine schöne Lohnsumme zu fordern. Auf diesen Schwindel hin kaufte sich der Angeklagte in Herrenalb ein Haus und erwirkte dessen Auflassung. Neben den Auslagen, die hiedurch dem Hausverkäufer entstanden, wird dieser noch viele Mühe und Kosten haben, um sein Eigentum wieder zurückzuerwerben. Einen anderen, dem der Angeklagte ebenfalls von seinem Reichtum erzählte, legte er gehörig herüber, er ließ sich von ihm Zechen in bedeutender Höhe bezahlen und veranlaßte ihn, mit ihm eine Reise zu seinem reichen Vater zu machen. Dies kostete den Leichtgläubigen ebenfalls viel Geld und als beide in Stuttgart angekommen waren, verschwand der Angeklagte plötzlich. Der Betrogene suchte den Vater auf und erfuhr, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

### Zur Landtagswahl am 18. Dezember.

Eingekandt zur Landtagswahl. Die Landesauschüsse der Volkspartei und der Sozialdemokratie haben zu den Landtagsnachwahlen (Stichwahlen) sich gegenseitige Wahlhilfe zugesichert, angeblich um eine reaktionäre Mehrheit in der Abgeordnetenkammer zu verhindern. Nicht wenig mag auch auf Seiten der Volkspartei der Wunsch, auch künftig die stärkste Partei zu bleiben und wieder das Präsidium zu stellen, der Vater dieses Einigungsgedankens gewesen sein. Von dieser Abmachung wurde speziell auch der Bezirk Neuenburg ausgenommen, da hier sich Demokratie und Sozialdemokratie annähernd gleich stark erwiesen habe und die Entscheidung daher den Wählern überlassen werden müsse. Es ist nun sehr zu bedauern, daß die führende Partei Württembergs, die Volkspartei, diese starke Schwelung nach links gemacht hat, daß sie sich der auf den Umsturz der bestehenden Ordnung bedachten Sozialdemokratie, trotz aller Gehässigkeiten der letzteren ihr gegenüber, geradezu in die Arme warf. Der Rückschlag dieser Politik wird nicht ausbleiben und der Volkspartei werden die Augen aufgehen, wenn's schon zu spät ist.

Neuenburg, 14. Dez. (Eingekandt.) Ueber das Wahlabkommen der Volkspartei mit der Sozialdemokratie wird von der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben, daß dieses eine Konsequenz des Verhaltens der Deutschen Partei bezeichnet. Das Blatt schreibt wörtlich: „Es ergab sich für die Volkspartei als ganz selbstverständlich die Notwendigkeit, mit der Sozialdemokratie einen Abwehrbund der Linken gegen das drohende Anwachsen der reaktionären Parteien (vor allem gegen das Zentrum) zu schließen. Dieses Bündnis verschlechtert in manchen Bezirken die Aussichten der Volkspartei. Aber das ganze Bündnis ist auf der von beiden Seiten anerkannten Notwendigkeit aufgebaut, der fortschrittlichen Linken eine möglichst große Anzahl von Mandaten zu sichern. In fünf Wahlkreisen (auch Neuenburg) werden die beiden Parteien den Kampf bis zum Ende durchzuführen.“ Damit ist dargetan, daß ein engeres Bündnis als nur zum Zweck der gemeinsamen Abwehr rückschrittlicher Bestrebungen nicht beabsichtigt ist. Beide Parteien bewahren sich ihre volle Selbstständigkeit. Zwischen ihnen bestehen vielfach starke Gegensätze. Das ganze Abkommen ist ein Produkt politischen Zwanges. Wenn es seinen Zweck erreicht, eine Auslieferung der Kammer nach der Verfassungsreform an die konservativ-kerikale Reaktion zu ver-

hüten, so wird es sich um das Land Württemberg Dank verdienen.

Eingefandt. Ueber das „rote Kartell“ schreibt der „Schw. Merk.“ u. a.: Das rote Kartell zwischen Demokratie und Sozialdemokratie für den zweiten Wahlgang ist fertig geworden. Die beiden getriebenen Handelsleute sind nach langem zähem Feilschen zur Einigung gekommen und die Demokratie war in der Lage, das Anerbieten der Deutschen Partei auf gegenseitige Unterstützung in einzelnen Wahlkreisen abzulehnen. Das Schlagwort der „Einigung des Liberalismus, des freigesinnten Bürgertums“ hat im ersten Wahlgang für die Demokratie seine Schuldigkeit getan, nun kommt das andere, nicht minder vertraute, „vom Blod der Linken gegen die Reaktion.“ Es ist geradezu erstaunlich, mit welcher Stumpfsinnigkeit dieselbe Demokratie, die eben noch in der Toga des Vaterlandretters paradierte, die eben noch sich brüstete als Vorkämpferin gegen jede Klassen- und Interessenpartei, nun schänden Verrat übt am „Liberalismus“, am „freigesinnten Bürgertum“. Wer es noch nicht wußte, dem mag diese neueste Musterleistung der schwäbischen Demokratie es beweisen, daß diese „Einigung des Liberalismus“ nichts weiter ist als ein Reklameplakat zur Anlockung harmloser Seelen, das man nach dem Markt verächtlich auf den Rebrichtshausen wirft. Wenige Wochen sind es her, seit Konrad Haußmann das nachher in der Verfertigung verschwundene Wort von der bündnisunfähigen Sozialdemokratie sprach — nun ist das Bündnis fertig. Es mag eine herbe Enttäuschung sein für die vielen liberalen Männer in Württemberg, die aus den Reden demokratischer Führer, aus den Äußerungen einzelner Kandidaten, die von rechts her Unterstützung brauchten, die Hoffnung auf eine dauernde Wandlung der Demokratie, auf eine nationale Demokratie geschöpft hatten. Die volksparteilichen Führer in Stuttgart, die durch ihre radikale Haltung bekannt sind, haben sich kurzerhand entschlossen, Wahlkreise wie Maulbronn, Nürtingen, Heidenheim an die Sozialdemokratie auszuliefern, Wahlkreise, die noch nie im Besitz der Sozialdemokratie waren und die zum Teil noch eine doppelte bürgerliche Mehrheit aufweisen. Glücklicherweise steht das letzte Wort nicht bei den Stuttgarter Führern, sondern bei der Wählerschaft der Bezirke, und diese werden durch die schöne Rechnung einen dicken Strich machen. Es wird namentlich auch die volksparteiliche Wählerschaft den Führern die Gefolgschaft kündigen; sie wird sich der früheren Worte Haußmanns und Payers gegen die Sozialdemokratie und an die Keil'schen Worte vom „Todsfeind der bürgerlichen Gesellschaft“ erinnern. Die Deutsche Partei wird die Konsequenzen aus diesem demokratisch-sozialdemokratischen Bündnis, das sich in erster Linie gegen die Deutsche Partei richtet, zu ziehen haben, und diese können nur darin bestehen, daß auch die Deutsche Partei in allen Wahlkreisen, in denen die Demokratie im Kampfe steht,

ihre Kandidaturen aufrecht erhält. Die Zurückziehung einer Kandidatur der Deutschen Partei zugunsten der Volkspartei muß nun, da diese sich mit der Sozialdemokratie zum Bruderbund vereinigt hat, ausgeschlossen bleiben. Die Verantwortung dafür fällt auf die Volkspartei. Sie soll den Krieg haben. Das liberale Bürgertum aber wird wissen, wo sein Platz ist, ob Seite an Seite mit der Sozialdemokratie oder mit den bürgerlichen Parteien.

(Eingef.) Dem „Schw. Merk.“ wird aus Herrenalb, 13. Dez. geschrieben: Die Sozialdemokratie erfreut sich der Frucht ihrer stillen rührigen Arbeit in den letzten 5 Jahren. Aber das ist gewiß: kräftig half mit zu diesem Erfolg das Aufreten des volksparteilichen Kandidaten Hoffmann. Diese über das Maß hinausgehende Art der Agitation, dieses Werben um die unzufriedenen Elemente, kam nicht seiner Partei allein zustatten, sondern auch der Sozialdemokratie. Jedenfalls aber hat er es nun den Anhängern der andern Parteien unmöglich gemacht, ihm und damit der Volkspartei im zweiten Wahlgang die Stimme zu geben. So rächt sich die Schuld. Diese Schuld liegt einzig auf der Seite der Volkspartei. Sie hat von Anfang an einen Kompromißkandidaten, man kann wohl sagen, übermäßig abgelehnt. Sie hat aber dann auch so agitiert, daß eine Einigung zum zweiten Wahlgang wiederum aussichtslos ist. Und dazu nun ihre allgemeine Nachwahlparole! Mit verständigem Ueberkommen wäre der Bezirk dem gemäßigten Liberalismus gesichert gewesen; so, wie es jetzt steht, sah die Kandidatur Hoffmanns fast nur wie eine Kraftprobe aus, und für solche Experimente ist der Bezirk zu gut und die Sache zu ernst.

Neuenbürg, 13. Dezbr. Um eine frühere Zugverbindung von Pforzheim nach Wildbad, wie einen späteren Abendzug ab Wildbad während des Sommerfahrplans regelmäßig (d. h. nicht nur sonntäglich) zu erhalten, hat der hiesige Gewerbeverein schon vor Jahren wiederholt Schritte getan. Am Mittwoch abend fand nun wieder eine Vorstandssitzung statt, in welcher beschlossen wurde, sich den neuerdings auch von Wildbad aus eingeleiteten Bemühungen um die genannte Verkehrsverbesserung anzuschließen. Besonders wurden die von der Redaktion des „Enztälers“ im Anschluß an einen bezügl. Artikel in Nr. 189 ds. Bl. vom 1. Dez. gegebenen ausführlichen Begründungen in allen Punkten gutgeheißen und an der Hand derselben eine Eingabe an die K. Generaldirektion der württemb. Eisenbahnen beschlossen. — Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, es möchte von einem Fachmann ein Vortrag über das „eheliche Güterrecht“ gehalten werden.

Neuenbürg, 15. Dez. Dem heutigen Schweinemarkt zugeführt 50 Stück Milchschweine wurden zu 12—19 M. per Paar verkauft.

Siehe zweites und drittes Blatt.

## Letzte Nachrichten u. Telegramme.

Berlin, 14. Dezbr. Das endgültige Abstimmungsergebnis der gestrigen Sitzung im Reichstag wurde heute früh festgestellt. Für den freisinnigen Antrag und die Regierungsvorlage sind geschlossen eingetreten: die Konservativen, die Nationalliberalen, die Reichspartei und alle freisinnigen Parteien. Die wirtschaftliche Vereinigung hat in ihrer Mehrheit mit Ja gestimmt: nur die zu ihr gehörigen Mitglieder des bayerischen Bauernbundes mit Nein. Vom Zentrum und den ihm nahestehenden Elzähern haben nicht weniger als 27 zum Teil sehr hervorragende Mitglieder an der Abstimmung nicht teilgenommen. Für den freisinnigen Antrag haben 3 Zentrumsmitglieder gestimmt. Von den Nationalliberalen fehlten nur zwei Abgeordnete, von der gesamten Rechten fehlten nur 6 Abgeordnete. Aus der Abstimmungsliste geht mit Deutlichkeit hervor, daß bei der Zusammenlegung des nunmehr aufgelösten Reichstags auch bei einem vollbesetzten Hause eine Mehrheit für den Nachtragsetat schwerlich zustande gekommen wäre.

Berlin, 14. Dez. Im Reichstagsgebäude hielten heute vormittag sämtliche Parteien bezw. deren Vorstände Sitzungen zur Feststellung ihrer Wahlausrufe und zur Beratung der Wahl-agitation ab. Die neue Wahl soll, nach dem „Vol.-Anz.“, am 20. Januar stattfinden und der neue Reichstag am 7. oder 8. Februar zusammentreten. Die „Voss. Ztg.“ erfährt dagegen, daß ein Termin noch nicht festgesetzt sei.

Berlin, 14. Dez. Die Berliner Börse nahm die Auflösung des Reichstags ziemlich ruhig hin; es trat nur eine leichte Schwächung ein.

Wien, 14. Dezbr. Die „Neue Freie Presse“ schreibt zur Auflösung des deutschen Reichstags: Fürst Bülow konnte eine andere als die ihm vom Zentrum aufgezwungene Entscheidung nicht fassen, ohne seine Politik unheilbar zu kompromittieren. Das Zentrum, dem er im Laufe der Jahre so viel Entgegenkommen gezeigt hat, stellte ihm im Uebermut seines Machtgefühls vor eine zwingende Alternative: entweder mit seiner nationalen Politik abzusanken oder der kaum einzudämmenden Machtbegehrlichkeit Schranken zu setzen. Das ist der Kern der großen politischen Bedeutung des gestrigen Tages, der in Deutschland völlig eine andere Lage schafft und eine grundtätigende Veränderung der gesamten inneren Politik bewirkt.

Karlsruhe, 14. Dez. Prinz Alexander zu Hohenlohe war heute mittag zum Besuch des Großherzogspaares hier und nahm an der Familientafel teil.

Berlin, 15. Dez. (Telegramm an den Enztäler, 1/2 Uhr nachmittags.) Die Reichstagswahlen finden am Freitag den 25. Januar t. J. statt.

## Amtliche Bekanntmachungen und Privat-Anzeigen.

### Einladung

#### zur Lösung von Neujahrswunschenthebungskarten.

Zum Besten der Armen, vorzugsweise solcher, die nicht in öffentlicher Unterstüßung stehen, werden auch heuer wieder **Neujahrswunsch-Enthebungskarten** gegen Entrichtung eines Geldbetrags von mindestens 1 M. ausgegeben.

Die Karten können bei Armenpfleger **Blaisch** und Ratsdiener **Schönhaler** in Empfang genommen werden.

Die Namen der Abnehmer werden vor Beginn des Jahres 1907 bekannt gegeben. Von demjenigen, der eine solche Karte erwirbt, wird angenommen, daß er auf diese Weise seine Gratulation darbringt, und auch seinerseits auf Besuche oder Kartenzusendungen verzichtet.

Wir laden zu zahlreicher Beteiligung ein.

Neuenbürg, den 14. Dezember 1906.

Im Namen der Ortsarmenbehörde:  
Dehan Uhl. Stadtschultheiß **Stirn**.

### Notenrol.

#### Jagd-Verpachtung.

Am Donnerstag, den 27. ds. Mts., nachm. 2 Uhr wird der vereinigte Jagddistrikt der Gemeinde **Notenrol** und **Neusak** auf 3 bzw. 6 Jahre verpachtet, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Den 13. Dezember 1906.

Schultheißenamt.  
Pfeiffer.

### Im Gasth. z. Bären

in Neuenbürg  
wird am morg. Sonntag

#### offenes Bier ausgeschänkt.

**Burghard.**

Neuenbürg.

Einen wenig benutzten

#### Puppenherd,

sowie gut erhaltenen

#### Kinder-Schlitten

hat wegen Entbehrlichkeit zu verkaufen.

Wer? sagt die **Exp. ds. Bl.**

Schwann.

Unterzeichneter verkauft einen  
nach gut erhaltenen

#### Zweispänner- Holzschlitten.

**J. Faß** z. Waldhorn.

**Contobüchlein**  
empfehlen **C. Mech.**

### Neuenbürg.

#### Geschäfts-Verlegung und -Empfehlung.

Hiedurch erlaube mir, die Verlegung meines

#### Küferei-Geschäfts

in das meinerseits käuflich erworbene

frühere **Dr. Herrmann'sche Wohnhaus**

ergebnis anzuzeigen, bittend, das mir seither entgegengebrachte Vertrauen auch fernerhin bewahren zu wollen.

Gleichzeitig empfehle mein Lager garantiert **reingehaltener**



#### alter und neuer Weiß- und Rotweine

zur gefl. Abnahme und sehr geneigtem Zuspruch gerne entgegen.

Achtungsvoll

**Gg. Schauda, Küfermeister.**

### Neuenbürg.

#### Spiel-Waren

mit vielen Neuheiten empfiehlt in großer Auswahl billigst  
**Albert Weik, Drechsler.**

Neuenbürg.

## Bekanntmachung,

betr. die Vornahme der Wahl der Abgeordneten der Landeswahlkreise.

I. Die Wahl der 8 Abgeordneten des zweiten Landeswahlkreises (Schwarzwald- u. Donaufreis) findet am **Mittwoch, den 9. Januar 1907** in allen Abstimmungsdistrikten gleichzeitig statt.

II. Die Wahl wird auf Grund derselben Wählerlisten, nach denselben Abstimmungsdistrikten und bei gleicher Besetzung der Distriktswahlkommissionen, wie die vorangegangene Wahl des Abgeordneten des Oberamtsbezirks vorgenommen.

Personen, welche bei den vorangegangenen allgemeinen Wahlen der Oberamtsbezirke und Städte für zum Abgeordneten eines Oberamtsbezirks oder einer Stadt gewählt von der Oberamtswahlkommission erklärt worden sind, sind nicht wählbar, auch wenn sie die Wahl nicht angenommen haben sollten.

III. 1) Die Wahlvorschläge müssen bei dem Vorsitzenden der gemeinsamen Landeswahlkommission, Regierungsdirektor v. Scheuren im Ministerium des Innern, Stuttgart, Dorotheenstraße 1 spätestens bis Montag, den 24. Dezember d. J., abends 7 Uhr eingereicht sein.

Die Zahl der vorgeschlagenen Bewerber darf im zweiten Landeswahlkreis höchstens acht, die Zahl der Ersatzmänner höchstens drei betragen.

Ein Bewerber oder Ersatzmann darf sich nur auf einem Wahlvorschlag und nur in einem Wahlkreis vorschlagen lassen, widrigenfalls er auf sämtlichen Wahlvorschlägen gestrichen wird.

Die Wahlvorschläge müssen mit den beglaubigten Unterschriften von mindestens zwanzig nachweislich in der Wählerliste aufgenommenen Personen versehen sein.

2) Die Erklärung der Verbindung mehrerer Wahlvorschläge muß spätestens bis Montag, den 31. Dez. d. J., abends 7 Uhr dem Vorsitzenden der Landeswahlkommission gegenüber abgegeben sein.

3) Bis zu demselben Zeitpunkt muß die Vereinigung der bei der Prüfung der eingereichten Wahlvorschläge vorgefundenen Anstände seitens der Vertreter der Wählervereinigungen beendet sein.

4) Die Ortsvorsteher werden angewiesen, die von der Landeswahlkommission für den zweiten Landeswahlkreis für gültig erklärten Wahlvorschläge, sobald sie im Bezirksamtsblatt veröffentlicht worden sind, auf ortsübliche Weise bekannt zu machen.

IV. Auf die Wahl finden im übrigen die für die Wahlen der Oberamtsbezirke und Städte gegebenen Bestimmungen gemäß Art. 43 und 27 des Landtagswahlgesetzes mit folgender Maßgabe Anwendung:

1) Der Distriktswahlvorsteher hat die Wähler und den Protokollführer zu dem Wahltermin mindestens zwei Tage zuvor, sowie den am Tage nach der Wahl zur Ermittlung des Wahlergebnisses beizuziehenden Hilfsarbeiter (Art. 32 des Landtagswahlgesetzes, §§ 40 und 47, Abs. 5 der Vollzugsverordnung) hierzu besonders einzuladen.

Die etwaige Beiziehung von Volksschullehrern als Protokollführer und als Hilfsarbeiter unterliegt seitens der Oberschulbehörde einem Anstand nicht. Nach einer Mitteilung des R. Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens darf in solchen Fällen der Unterricht in den betr. Schulklassen, soweit erforderlich und soweit nicht für denselben anderweitig gesorgt werden kann, ausfallen.

2) Die Ortsvorsteher haben mindestens drei Tage vor dem Wahltermin, also spätestens am Sonntag, den 6. Januar 1907, das Lokal, in welchem die Wahl vorzunehmen ist, den Tag der Wahl, sowie die Zeit des Anfangs und des Schlusses der Abstimmung in jeder Gemeinde auf ortsübliche Weise unter Hinweis darauf bekannt zu machen, daß die Wahl auf Grund derselben Wählerlisten, nach denselben Abstimmungsdistrikten und bei gleicher Besetzung der Distriktswahlkommissionen, wie die vorangegangenen Wahlen des Oberamtsbezirks vorgenommen werden.

Soweit in der Besetzung der Wahlvorsteher oder ihrer Stellvertreter inzwischen eine Aenderung eingetreten sein sollte, sind die betreffenden Namen gleichfalls bekannt zu machen.

3) Die Ortsvorsteher sind für die vorschriftsmäßige Ausrüstung der Wahllokale in gleicher Weise, wie bei den Wahlen des Oberamtsbezirks, verantwortlich und haben

über die Bereitschaft derselben, sowie über die in der vorstehenden Ziffer 2 angeordnete Bekanntmachung bis spätestens Sonntag, den 6. Januar 1907, vormittags 10 Uhr hieher Vollzugsbericht zu erstatten.

4) Die Distriktswahlvorsteher werden noch besonders auf die Beachtung der in §§ 39 und 41 der Vollzugsverordnung für die Wahl der sechs Abgeordneten der Stadt Stuttgart gegebenen Vorschriften hingewiesen.

Zu beachten ist dabei insbesondere, daß die Zählung der Stimmen in dem Wahllokal an dem auf die Wahl folgenden Tage stattfinden muß und daß überschüssige Stimmen auf den einzelnen Stimmzetteln erst dann vorhanden sind, wenn nach Streichung der aus anderen Gründen etwa ungültigen Stimmen auf einem Stimmzettel im zweiten Landeswahlkreis mehr als acht Stimmen übrig bleiben.

Den 12. Dezember 1906. R. Oberamt. Hornung.

**Turner-Gesangverein**  
Neuenbürg.  
Heute Samstag abend präzis 1/2 8 Uhr  
**Singstunde.**  
Pünktl. Erscheinen notwendig.  
Der Vorstand.  
Neuenbürg.  
**Kinder-Wagen,**  
vierräderig, gut erhalten, billig zu verkaufen.  
Frau Eberhardt,  
Brunnenweg.

Neuenbürg, den 14. Dezember 1906.

## Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe, unvergeßliche Gattin und Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

### Josephine Silbereisen,

geb. Leuz

gestern abend 5 Uhr im Alter von 69 1/2 Jahren sanft verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten  
im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
der trauernde Gatte:  
**Karl Silbereisen mit Tochter.**

Die Beerdigung findet Sonntag, 16. Dez. vormittags 11 Uhr statt.

Für die Schulstellen halte nachstehende Formularien vorrätig:

Schultabellen,  
Schulwochenbücher,  
Nebergabs-Scheine,  
Neglecten-Verzeichnis,  
Schulverräumnis-Listen,  
Schulgeld-Einzugsregister.  
C. Meeh.

Eine noch völlig neue  
**Original-**  
**Bürsten-Wasch-Maschine**  
(Victoria) hat Umstände halber zu verkaufen.  
Wer? sagt die Exped. d. Bl.

## Sich selbst oder Andern!

... bereit man eine richtige Weisung ...  
... nachtsfreude durch Anschaffung bezw. ...  
... Verschenten einer gutgehenden ...

### Uhr,

sei es Taschenuhr, Wecker- oder Wanduhr.  
Solche kauft man unter Garantie bei

## L. Bachmeyer, Calmbach.

Kein Laden, daher billigste Preise.  
Prompter Versand nach auswärts. — Katalog gratis u. franko.

kein besseres Hausmittel  
gegen jeden **Husten**  
Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung, Influenza oder Krampfhusten etc. als

**Karl Hill's** allein echte Spitzwegerich  
**Brustbonbons**

Nur echt in Paketen à 10 und 20 Pfg. mit dem Namen **Carl Hill** zu haben in Neuenbürg: C. Bärenstein Nachf., Kond. u. S. Hall; in Calmbach bei: **Willy Lohrer**; in Döbel bei: **Gottfr. König**, Gemeindefleiger; in Herren-als bei: **Carl Bechtel**; in Hölten bei: **J. Barth**; in Löffelau bei: **J. Zettmann**.

## Handschuhe.

**Herren-Gocken,**  
**Kinder- u. Damen-Strümpfe,**  
**Strumpflängen**  
schwarz, und schöne farbige Neuheiten  
**Strickwolle und Vigonie.**

Ohne Konkurrenz am Platze, sowohl in Bezug der Reichhaltigkeit der Auswahl, wie der Qualitäten und Preise!

**J. Hiltner,**  
Leopoldstr. 3a. Pforzheim. Leopoldstr. 3a.

## Pulswärmer.

**MAGGI'S**  
Suppen-Würze  
praktisches  
Weihnachts-geschenk!

**Metzgerschmalz** garantiert reines einheimisches echtes Schweineschmalz mit seinem Griebengeschmack in emaillierten Blechgefäßen als:

Eimer	20-35 Pfd.	so wie in 10 Pfd.-Dosen à M. 6.70
Ringhafen	15-20-35 "	gegen Rahn- oder Borkauf.
Schweinfleisch	30-40-60 "	W. Beurlen jr.
Zeigschüssel	15-30-50 "	Atröheim-Red 106 (Wirt.)
Wassertopf	20-40 "	In Holzgeb. Preisl. 3. Diensten.

Nachnahmegesöhren werden sofort vergütet. Jeder Sendung liegen Gutscheine zum Gratisbezug eleganter Taschenuhren bei.

Tausende Anerkennungs-schreiben!

## Gottesdienste

in Neuenbürg  
am 3. Adventsonntag, den 16. Dezember Predigt vormittags 10 Uhr (Lut. 1, 57-80; Lied Nr. 90):  
Defan 1161.

Christenlehre nachmittags 1 1/2 Uhr für die Söhne: Stadtwilr. Vieh.

Mittwoch, den 19. Dezbr., abends 7 1/2 Uhr Bibelstunde.

Freitag, den 21. Dez., Thomas-feiertag, mit Gottesdienst nachmittags 5 Uhr (Weihnachtsfeier der Sonntagsschule.)



# Wahl des Bezirks R

Nicht eine durch Mißerfolge verärgerte Parteileitung in Stuttgart oder sonstwo, sondern

die Wähler im Bezirk

haben am 18. Dezember zu entscheiden, ob der Bezirk Neuenbürg im Landtag durch einen

volksparteilich-liberalen

oder durch einen

sozialdemokratischen

Abgeordneten vertreten werden soll; irgend ein anderer Kandidat kommt nicht in Betracht.

Jeder Gegner der Sozialdemokratie muß daher am 18. Dezember seine Stimme für

## Professor Hoffmann

abgeben.

Jeder andere Stimmzettel — auch Dr. Kehm — fördert die Wahl des Sozialdemokraten.

## Mehrere Wähler.

### Eingesandt.

Neuenbürg, 14. Dezember 1906.

Der Bezirk Neuenbürg hat am 5. Dezember sein unanfechtbares Urteil gesprochen. Die Deutsche Partei vermochte nur 962 Stimmen aufzutreiben, ein vernichtendes Urteil für die Führer der Partei und die Politik derselben. Das Resultat ist ja bekannt. Die Deutsche Partei kann nicht mehr für das Mandat ernstlich in Betracht kommen. Nun stellen aber trotzdem die Führer der Deutschen Partei in Neuenbürg ihren Kandidaten nochmals auf, obwohl ihnen die Folgen bekannt sind, daß damit der Sozialdemokratie das Mandat gesichert ist. Die Führer der Deutschen Partei besorgen hiemit **wissenschaftlich und absichtlich** die Geschäfte der Sozialdemokratie. Das ist eine ärmliche und kleinliche Politik der **persönlichen Verärgerung**. Das ganze Verhalten der hiesigen Führer der Partei und ihr Flugblatt und vor allem der Artikel im „Enztäler“, mit dem das Flugblatt erschien, hat lediglich in dem tief verletzten Ehrgeiz speziell der hiesigen Parteileitung ihre Wurzeln, welche ihren kläglichen Mißerfolg nicht verschmerzen kann und sich nun darin eine Genugtuung zu verschaffen sucht, daß sie den Kandidaten der Volkspartei um jeden Preis zu Fall bringen will, in ihrer blinden Wut nicht daran denkend, daß sie mit ihrem Vorgehen alle Grundlagen für die Zukunft zu zerstören droht.

Auf ein späteres Zusammengehen der beiden bürgerlichen Parteien scheinen diese Herren gar nicht mehr zu rechnen; ebensowenig dürfen aber diese Herren darauf sich Hoffnungen machen, den Bezirk wieder zu erobern. Wenn nochmals Gelegenheit war, den Bezirk für die bürgerlichen Parteien zu halten, so war es diesmal der Fall. Diese Herren scheinen vergessen zu haben, daß die Volkspartei vor 11 Jahren Hr. Commerell unterstützten und daß vor 6 Jahren Hr. Weiß nur durch volksparteiliche Stimmen durch die Stichwahl kam. Wenn aber diesmal diese Herren einen sozialdemokratischen Abgeordneten wollen, so sollen sie ihn haben, wenn es ihnen gelingt. Es wird gewiß den beiden Weltbädern Wildbad und Herrenalb nicht zur Empfehlung reichen. Aber da wird es heißen: „Die ich tief, die Geister, werd ich nimmer los.“

Daß die Volkspartei nach dem Ergebnis der Reichstagswahl und nach dem Ergebnis der letzten Wahl einen Kandidaten aufstellen mußte, ist selbstverständlich, besonders da die Deutsche Partei unter der Führung der bekannten Herren vollständig abgewirtschaftet hat; denn die 900 Stimmen sind mehr bauernbändlerisch und gehörten vor 3 Jahren Schrempf. Glücklicherweise sind nicht alle Mitglieder der Deutschen Partei so verbissen wie diese Herren, daß sie lieber die Sozialdemokratie unterstützen, die sie doch als „Lodseindin“ titulieren. Die Führer der Partei in Wildbad sind durchaus nicht alle damit einverstanden; auch hier sind viele konservative und deutschparteiliche Stimmen laut geworden, die den Beschluß bedauern. Darunter sind auch solche, die der Versammlung anwohnten, aber bei dem von den Herren ausgeübten Parteiterrismus sich nicht äußern wollten.

Wir wenden uns nun an die bessere Einsicht der unabhängigen bürgerlichen Wähler, daß sie sich in ihrem Verhalten nicht von dem blinden Haß einzelner Herren beeinflussen lassen. Wir haben diese Zuversicht zu dem gesunden, vernünftigen Urteil des größten Teils der deutschparteilichen Wähler und fordern alle diejenigen, die den Bezirk nicht durch einen Sozialdemokraten vertreten lassen wollen, auf, für den Kandidaten der Volkspartei zu stimmen.

Neuenbürg, 14. Dez. (Eingesandt.) Als vor einigen Jahren in Wildbad und Neuenbürg „liberale Vereine“ gegründet wurden, traten viele Mitglieder denselben deshalb bei, weil die Parteiführer damals die Parole ausgaben, die Vereine bezwecken eine **Sammlung aller liberalen Kräfte gegen die im Bezirk immer stärker werdende Sozialdemokratie**. Eine Ironie des Schicksals ist es daher, daß dieselben Parteigrößen in ihrem blinden Haß gegen die Volkspartei, weil diese im jetzigen Wahlkampf mehr Anziehungskraft beim Volk besitzt als die Deutsche Partei, nun sich alle erdenkliche Mühe geben, den **Sozialdemokraten ins Parlament zu bringen**. Heute sagte mir ein Herr aus Wildbad, daß er und mit ihm wahrscheinlich noch viele andere Mitglieder, denn die **Wildbader seien gar nicht dafür**, daß ein **Sozi** den Bezirk Neuenbürg vertrete, dem Vereine den Rücken kehren werde, wenn die **Parteileitung** in Neuenbürg, die auch hier geringe Sympathie besitzt, ihre **Taktik nicht ändere**.

Redaktion, Druck und Verlag von C. Nech in Neuenbürg.